

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 15

Artikel: Souveränität : Schein und Wirklichkeit
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095326>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Sager

Souveränität – Schein und Wirklichkeit

Seit Abschluss des Zweiten Weltkrieges hat die Zahl der souveränen Staaten dauernd zugenommen, vor allem durch die Emanzipation der ehemaligen Kolonien und abhängigen Territorien. Wie klein, militärisch kaum verteidigungsfähig, wirtschaftlich und zivilisatorisch rückständig diese auch sein mochten: ihr Ziel war es, den Status unabhängiger und vor allem souveräner Staaten möglichst rasch zu erreichen. Als die UNO 1945 gegründet wurde, zählte sie 51 Mitglieder; heute ist diese Zahl auf rund 130 angestiegen.

Einige der neuen souveränen Staaten waren von weiterer Teilung bedroht, die oft nur nach grossem Blutvergiessen verhindert werden konnte, wie zum Beispiel der Aufstand der Provinz Katanga gegen den ehemaligen belgischen Kongo, jetzt Republik Zaire; der östlichen Provinz Nigeriens, die als Biafra kurze Zeit sogar beschränkte Anerkennung fand; der südlichen Provinzen Sudans gegen den Norden. Nur Ostpakistan — jetzt Bangla Desh — konnte erfolgreich secessionieren, und das nur dank der militärischen Invasion Indiens, unterstützt von der Sowjetunion.

Nicht alle Bestrebungen und Ergebnisse von Sezessionen sind neueren Datums. Die Aufteilung Lateinamerikas in 21 souveräne Staaten zum Beispiel ist eine Erbschaft der spanischen Kolonialherren, die in einer Vielzahl getrennter Verwaltungen den besten Schutz gegen Machtgelüste von Vizekönigen und Gouverneuren erblickte. Aber auch in längst etablierten souveränen Staaten gibt es neuere Sezessionsbestrebungen: Tibet und Sinkiang in China, zentralasiatische «Republiken» in der Sowjetunion — wo Sezessionsbewegungen der baltischen Staaten und der Ukraine längst bekannt sind —, Kroatien in Jugoslawien, Ulster in Grossbritannien, Flamen in Belgien, die französischen Provinzen in Kanada, der Jura in der Schweiz.

So verständlich im einzelnen solche nationalistischen Strömungen sein mögen: der weltweite Trend zur Aufspaltung grösserer souveräner Einheiten in immer kleinere, kaum noch lebensfähige Gebilde verläuft gegen die geschichtliche Entwicklung, die umfassendere, wirksamere und aktionsfähigere souveräne Einheiten anzustreben scheint, weil diese weit besser als kleinere Gebilde die weltweiten Probleme, wie Bevölkerungsexplosion, Ernährung, wirtschaftlicher und kultureller Aufbau, angehen können.

Ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung

zeigt, dass die Mindestanforderungen zur Sicherung der Souveränität eines Landes schnell anwachsen, entsprechend dem raschen technischen Fortschritt und der komplexen Technologie auf der wirtschaftlichen und militärischen Ebene, entsprechend auch der zunehmenden Abhängigkeit vom wirtschaftlichen und «intellektuellen» Aussenhandel. Je primitiver die Sozialordnung, je rückständiger die Volkswirtschaften, je einfacher die Waffen — desto grösser die Ueberlebenschance auch kleiner souveräner Gebilde. Natürlich spielt die geographische Lage eine Rolle. Auf Inseln, in Bergen oder fernab von Krisenherden zwischen Grossmächten überdauert die Souveränität sogar schwacher Länder wesentlich leichter. Umgekehrt waren sogar grössere Gebilde ständig bedroht, wenn sie im Kreuzpunkt der Interessen rivalisierender Grossmächte lagen: Polen, Flandern und das Burgund sind Beispiele.

Als Kriege noch mit Pfeil und Bogen, Speeren und Schwertern ausgefochten wurden und die Städte die Nahrungsmittel aus der näheren Umgebung erhalten konnten, waren Stadtstaaten die häufigsten Träger von Souveränität. Grosse, multinationale Imperien konnten für längere Zeit nur überleben, wenn sie organisch langsam und methodisch aufgebaut worden waren wie etwa Rom. Sonst scheiterten sie, wie jenes von Alexander dem Grossen, an den unzureichenden Kommunikationsmitteln und an der fehlenden Wirksamkeit der zentralen Verwaltung.

Aufstieg und Niedergang der Stadtstaaten zeigen, wie die militärische und politisch-wirtschaftliche Entwicklung die Lebensfähigkeit souveräner Einheiten bestimmt. Die ältesten bekannten Stadtstaaten entstanden im mesopotamischen Sumer, vor etwa 5000 Jahren, gefolgt von den phönizischen an der Ostküste des Mittelmeeres vor etwa 3000 Jahren und kurz darauf von den griechischen Stadtstaaten wie Athen und Sparta.

Die Stadtstaaten im Altertum waren tatsächlich souverän gewesen; jene im Mittelmeer schon nicht mehr. Die Stadtstaaten in Italien, Deutschland und Frankreich hatten zwar noch weitreichende rechtliche, finanzielle und administrative Privilegien; ihr Ueberleben hing indessen vom Schutz entweder einer feudalen Grossmacht, wie etwa dem deutschen Kaiser oder dem Papst, oder eines starken Städtebundes, wie der Hanse, ab. Die Republik Venedig konnte ihre Unabhängigkeit vom 9. Jahrhundert bis zu den Napoleonischen Kriegen nur deshalb erfolgreich wahren,

weil sie eine starke Seemacht war und während Jahrhunderten Kolonien und Handelsniederlassungen im östlichen Mittelmeerraum kontrollierte.

Das Aufkommen nationaler Staaten, zunächst Englands, Frankreichs und Spaniens, mit starken Armeen und Flotten unter Monarchien mit zentralen Verwaltungen, leitete den Niedergang der Stadtstaaten und kleinen feudalen Gebilde ein. Die meisten Ueberbleibsel feudaler «Unabhängigkeit» wurden von Napoleon ausgelöscht: Von den über 300 souveränen Einheiten, die das «Heilige Römische Reich Deutscher Nation» 1800 zählte, wurden 1803 deren 112 kurzerhand aufgelöst.

Die technischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts — Eisenbahn, Dampfschiff, Telegraph und neue Waffen — stärkten die industriell entwickelten Nationen, die sich neue Kolonien vor allem in Afrika unterwarfen.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist das Atomzeitalter angebrochen. Damit wurde nicht nur eine neue Dimension der militärischen Auseinandersetzung geschaffen, darin findet vielmehr die unerhörte technologische Revolution des 20. Jahrhunderts sichtbarsten Ausdruck. Das Atomzeitalter verlangt gewiss nicht von jedem Staat Atomstreitkräfte, aber es erhöht beträchtlich die Mindestanforderungen in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht zur Erhaltung der Souveränität. Dieses Zeitalter verschärft den Unterschied zwischen den entwickelten Industrieländern und den Entwicklungsländern, zumal es mithilft, die Distanzen zu verkürzen, und jedes Land in engeren Kontakt mit der ganzen Welt rückt.

Unter den gegebenen Umständen ist die Souveränität einer ansehnlichen Zahl von UNO-Mitgliedern wenig mehr als Schein. Die Unabhängigkeit solcher Staaten ist bei der nächsten wirtschaftlichen oder militärischen Krise gefährdet, durch einen stärkeren Nachbarn oder durch einen fremden Aggressor.

Damit stellen zahlreiche Staaten — ehrenvolle Mitglieder der UNO — eine doppelte Belastung dar: Einerseits weil sie in ihrer Souveränität potentiell gefährdet bleiben, zum andern weil sie kaum alle Voraussetzungen bieten, um die dringlichsten weltpolitischen Probleme wirksam einer Lösung entgegenzuführen.

Sollen deshalb diese Kleinstaaten in grössere, lebensfähigere Einheiten gezwungen werden? Auf die Dauer wird das wohl der einzige mögliche Weg bleiben, wie sogar und vor allem die europäische Entwicklung aufzeigt. Indessen dürfte dieser Weg in den Entwicklungsländern vorderhand noch verbaut sein. Der Gefühlswert der eben errungenen Unabhängigkeit und des nun erwachsenen Nationalismus ist allzu hoch, zumal er sich oft an intensiver Feindschaft zu den unmittelbaren Nachbarn nährt. Der Misserfolg zahlreicher Versuche, die arabischen Länder zu einigen — deren Völker sprechen die gleiche Sprache, huldigen dem gleichen Gott, durchmassen lange Wegstrecken gemeinsamer Geschichte und teilen erst noch den Hass gegen Israel — und grössere Einheiten in Südamerika und Afrika zu schaffen, ist genügender Beweis dafür, dass das nötige Bewusstsein noch fehlt. Daher wird ein langsamer Prozess gradueller Bewusstseinssteigerung unvermeidlich sein.

In diesem Sinne ist es wohl unumgänglich, dass sich alle Völker — und vor allem die herrschen-

Terror in Lateinamerika

Fortsetzung noch ohne Ende

Von unserem Interimskorrespondenten in Montevideo

Während in Uruguay die Streitkräfte und die Polizei unter dem vom Parlament erklärten «Zustand des internen Krieges» erhebliche Erfolge in ihrem Kampf gegen die Tupamaros erzielen, flackern in anderen Ländern des Kontinents wieder Guerillaherde auf.

Gezielte Morde

In Venezuela wurden in der Ortschaft El Bombero drei prominente Mitglieder der Partei, die den Exdiktator Marcos Pérez Jiménez unterstützt, ermordet. Der Generalsekretär der Partei, Julio Dorta, erlag den Schüssen seiner Angreifer am Steuer seines Wagens. Die Leichen von zwei Mitgliedern des Gemeinderats von El Bombero wurden wenige Meter von der Landstrasse entfernt in einem Wald gefunden. In Kolumbien wurden sieben Bauern von einer Gruppe Aufständischer durch Enthauptung getötet. Die Terroristen gehören anscheinend der castristischen Organisation ELN (Nationales Befreiungsheer) an. Von den Opfern wurden zwei Mädchen, sieben und zwölf Jahre alt, von den Guerillos vergewaltigt, bevor sie, zusammen mit ihren drei Brüdern und den Eltern, enthauptet wurden. Ende Juni wurde der erste Vizepräsident des Kongresses von Guatemala, Oliverio Castañeda Paez, von mehreren Attentätern in einem Restaurant der Hauptstadt erschossen. Castañeda war einer der führenden Antikommunisten seines Landes und hatte seit vier Jahren aktiv an der Bekämpfung der Linksextremisten teilgenommen. In Mexiko fielen zwei Lastwagen der Streitkräfte

in eine von Guerilleros gelegte Falle; zehn Soldaten wurden ermordet. Seitdem der Leiter der mexikanischen Aufständischen, der Lehrer Genaro Vázquez Rojas, im Februar dieses Jahres einem Verkehrsunfall zum Opfer fiel, leitet ein anderer Volksschullehrer, Lucio Cabañas, die mexikanischen Guerillas. Die Militärlastwagen waren dabei, Kleidungsstücke und Nahrungsmittel unter der armen Landbevölkerung zu verteilen, als sie von den Freischärlern angegriffen wurden.

Organisationshydra

Auch in Argentinien fahren die verschiedenen Terrororganisationen, trotz relativer Erfolge der Polizei, mit ihren Aktionen fort. Es konnte bewiesen werden, dass, obgleich die verschiedenen Guerillagruppen, wie FAL, FAR, FAP, ELN, ERP, Montoneros usw., behaupten, verschiedene Ideologien zu haben, andere Taktiken zu bevorzugen und völlig unabhängig voneinander zu agieren, sie in Wirklichkeit nicht unbedeutende Beziehungen zueinander unterhalten. Dies wurde aus Dokumenten ersichtlich, die den argentinischen und uruguayischen Behörden in die Hände fielen, aus denen auch die Verbindung zwischen den Tupamaros einerseits und mehreren argentinischen Terrororganisationen andererseits klar erkennbar sind. Es bestand zwischen den Freischärlern auf beiden Seiten des Rio de la Plata eine vielfältige gegenseitige Hilfeleistung — in der Praxis vielleicht nicht so einwandfrei ausführbar wie auf dem Papier —, die Kurierdienst, Unterschlüpf, Versorgung mit Geld,

Waffen, falschen Ausweisen usw., Ausbildung und anderes mit einschlossen. Ausserdem wurde eingehend ausgeführt, was die einzelnen argentinischen Terrororganisationen benötigten und was die Tupamaros ihnen gewährten; gleichermassen, welche Unterstützung den Tupamaros seitens ihrer argentinischen Kollegen zugekommen ist. Die internationalen Beziehungen der Tupamaros obliegen einem sogenannten CAI (Komitee für internationale Angelegenheiten). Dieses Komitee sollte — gemäss den beschlagnahmten Plänen — in Argentinien eine Tupamarozentrale eröffnen, ähnlich derjenigen, die in Chile besteht und die aus uruguayischen Tupamaros zusammengesetzt zu werden. So wurde erteilt oder die heimlich ins Ausland reisten. Die Zentrale in Santiago sorgt für die weitere Ausbildung der Tupamaros und ihre Einschleusung über Argentinien nach Uruguay. Mehrere der in Santiago ansässigen Tupamaros wurden auch nach Kuba geschickt, um dort weiter ausgebildet zu werden. So wurde vor kurzem zum Beispiel ein Tupamaro in Montevideo festgenommen, dem die Ausreise nach Chile erlaubt worden war, der danach jedoch nach Kuba reiste, mehrere Wochen in einem Guerilla-Trainingslager verbrachte und dann illegal nach Uruguay zurückkehrte. Es war beabsichtigt worden, einen Tupamaro aus dem Kreis der wichtigen Leiter der Organisation nach Buenos Aires zu entsenden, mit der Aufgabe, dort eine ähnliche Zentrale wie in Santiago aufzubauen.

Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, dass der Tupamaro-Rechtsanwalt (oder Rechtsanwalt-Tupamaro) Dr. Alejandro Artucio, als er erfuhr, dass die Polizei ihn vorladen wollte, sich mit zwei Senatoren der von der KP angeführten «Breiten Front» in die argentinische Botschaft begab, wo er um politisches Asyl bat. Was hierbei auffällt, ist, dass er nicht die chilenische oder die peruanische, sondern ausgerechnet die argentinische Botschaft aussuchte, obgleich es ihm bekannt sein musste, dass die argentinische Regierung wiederholt erklärt hatte, sie sei da-

den Schichten sowie deren intellektuelle Eliten in den Kleinstaaten — einige herbe Tatsachen des Atomzeitalters vor Augen halten. Stolz auf Land und Volk, auf Geschichte und Kultur verlangt bestimmt nicht nach Souveränität mit allen Risiken und Kosten, die sie mit sich bringt, besonders wenn das Land zu klein und zu arm ist. Im Gegenteil: die Liebe zum eigenen Land verlangt sogar dessen Schutz vor den vielleicht gefährlichen Folgen einer blossen Schein- und Prestigesouveränität.

Auf solcher Grundlage sollte es möglich werden, Schritt um Schritt regionale Föderationen aufzubauen, etwa mit der aussenwirtschaftlichen Zusammenarbeit einsetzend, um langsam zu einer engen Kooperation in Fragen der Diplomatie, des Rechts und der Verteidigung vorzustossen, immer aber unter Wahrung der kulturellen, ethnischen und ideologischen Eigenarten der Mitglieder.

Scheinbar verläuft der Trend in gegenseitiger Richtung. Wie wäre es sonst möglich, dass beispielsweise eine Handvoll aktiver Kroaten oder Jurassier zur Bildung neuer souveräner Kleingebiete aus grösseren Einheiten — aus Bundesstaaten noch dazu — secessionieren wollen? Man

wird solchen antihistorischen Regungen unter einem bestimmten Gesichtspunkt durchaus Verständnis entgegenbringen können.

Der Sachzwang zur Bildung supranationaler Souveränitätsträger ist unübersehbar geworden. Dass sich dagegen Reaktionen bemerkbar machen, war selbstverständlich zu erwarten. Indessen sind die Sezessionsbewegungen nicht nur Reaktionen, die überwunden werden können und müssen. Sie sind vielmehr auch Fehlleistungen wichtiger Motive.

Wir glauben, dass ein Uebergang vom nationalen zum kontinentalen und schliesslich zum mondialen Denken nur möglich wird, wenn er begleitet ist und aufgewogen wird durch den gleichzeitigen Uebergang zum lokalen Denken. Würden die modernen Sezessionisten statt der Unabhängigkeit Sonderstatuten, lokale Autonomien, regionale Zuständigkeiten fordern, so wäre ihnen zuzustimmen, so lägen sie im Strom der Geschichte.

Allein intensive und vorausblickende Anstrengungen in dieser Richtung werden der Menschheit — und besonders den kleineren und schwächeren ethnischen Gruppen und Staaten — eine Chance zum Ueberleben im Atomzeitalter sichern.

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616. Banken: Spar-+ Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH - 3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Hans Erpf

Abonnementspreise

Fr. 30.– jährlich (Ausland Fr. 33.–, DM 30.–)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–
(Ausland Fr. 22.–, DM 20.–)
Halbjahr Fr. 16.– (Ausland Fr. 17.–, DM 16.–)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1.50)